

WEIL

DAS JETZT

ZÄHLT.

ARBEITSPLÄTZE UND GUTE ARBEIT SICHERN



Der Umbruch der Wirtschaft trifft auch den Arbeitsmarkt: Einerseits fehlen in vielen Bereichen Fachkräfte, andererseits kündigen zahlreiche Betriebe massiven Stellenabbau an. Große Flaggschiffe der Industrie wollen radikal kürzen. Unser Ziel ist, Arbeitsplätze zu sichern und, wo nötig, neue Perspektiven für Beschäftigte zu schaffen. Dafür müssen Hausaufgaben in Unternehmen gemacht werden. Es braucht aber auch die Politik.

WIR KRITISIEREN

Keine Frage, der Umbau der Wirtschaft hin zu neuen Technologien und einer klimafreundlichen Industrie bringt enorme Herausforderungen mit sich. Die Weichen müssen jetzt gestellt werden – aber das Ganze stockt an vielen Ecken und Enden.

Auf der einen Seite lässt die Politik die nötige Investitions-offensive vermissen, um gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Das staatliche Handeln ist geprägt durch Sparhaushalte und ein sklavisches Festhalten an der Schuldenbremse.

Auf der anderen Seite fehlen vielen Unternehmen klare Zukunftskonzepte. Eine kurzfristige Sicht auf das nächste Quartalsergebnis bestimmt allzu oft das unternehmerische Handeln. In nur knapp der Hälfte der Betriebe mit Gefährdung des bisherigen Geschäftsmodells bestätigen unsere Betriebsräte, dass es eine betriebliche Strategie zur Transformationsbewältigung gibt.

UNSERE FORDERUNGEN

- ▶ Beschäftigung durch Kurzarbeit sichern
- ▶ Qualifizierung von Beschäftigten durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützen
- ▶ Recht auf eine beruflichen Erstausbildung für alle junge Menschen und Zukunftsfonds für Ausbildung schaffen
- ▶ Verlässliche soziale Sicherheit im Ernstfall bieten: 12 Monate Arbeitslosengeld sind nicht genug. Es braucht Verbesserung des Schutzes bei Arbeitslosigkeit, insbesondere für langjährig Versicherte
- ▶ Reform des Bürgergeldes hin zu einer solidarischen Grundsicherung

Leidtragende sind unsere Kolleginnen und Kollegen. Statt Zukunftsperspektive droht Kahlschlag: Personalabbau, Entlassungen, Werkschließungen. Hinzu kommt die Flaute in der Wirtschaft, die mittlerweile auch den Arbeitsmarkt erreicht und die Arbeitslosigkeit steigen lässt.

UNSERE LÖSUNGSVORSCHLÄGE

Eine verantwortungsvolle Arbeitsmarktpolitik muss zwei Aspekte im Blick haben: Sie muss konjunkturelle Schwächephasen abfedern, etwa durch Kurzarbeit. Und

sie muss den Wandel der Beschäftigung begleiten, indem sie Weiterbildung fördert und nötige Jobwechsel unterstützt (z.B. mit Arbeitsmarkdrehscheiben). Manchmal geht es auch um beides – also darum, das Abfedern einer betrieblichen Flaute mit der Vorbereitung auf neue Tätigkeiten zu verbinden.

Zusätzlich braucht es eine Arbeitslosenversicherung, die ausreichend Schutz bietet, wenn es doch mal drauf ankommt. Das ist gerecht, weil die Beschäftigten durch ihre Beiträge ein Anrecht auf Schutz erworben haben; weil Arbeitslosigkeit oftmals nicht selbst verschuldet ist; und weil Mut zu Veränderung entsteht, wenn es im Zweifel ein Netz gibt, das einen gut auffängt und nicht durch die Maschen fallen lässt. Deshalb muss der Schutz der Arbeitslosenversicherung ausgeweitet werden. Und wir brauchen eine Grundsicherung, die auf das Prinzip der Solidarität und Menschenwürde und nicht auf Misstrauen und Angst setzt. Ein solidarisches Grundsicherungssystem mit Mindeststandards bei der Vermittlung in Arbeit, beugt außerdem Lohndumping vor und schützt damit immer auch die derzeit Beschäftigten.

WIR INFORMIEREN

Mehr Unterstützung für Arbeitslose? Überall hört man von der "sozialen Hängematte", wie passt das zusammen?

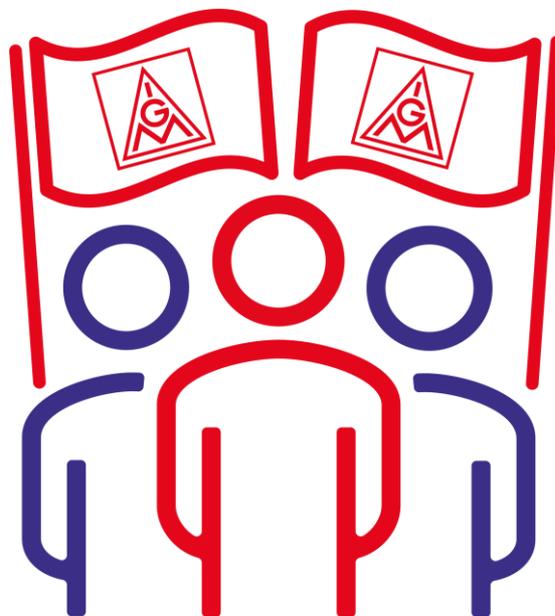
In vielen Medien begegnet man dem Bild des "faulen Arbeitslosen" - angeblich ermöglicht das Bürgergeld ein "Luxusleben" ohne selbst arbeiten zu müssen. Dieses Bild vom Sozialbetrug hochzuhalten hat einen einfachen Zweck. Ist es erstmal verankert, ist es ein leichtes, den Sozialstaat insgesamt schlechtzureden und radikal zusammenzusparen.

Regelverstöße gibt es überall, wo es Regeln gibt, im Straßenverkehr und auch beim Bürgergeld. Aber der überwältigende Teil hält sich an die Regeln und für Verstöße gibt es Ahndungen. Die Zahl derjenigen, die von Sanktionen aufgrund einer Ablehnung eines Jobs oder Qualifizierung betroffenen sind, ist gering. 2023 waren es 16.000 bei insgesamt 5,5 Mio. Bürgergeldbeziehenden, von denen rund 3,9 Mio. erwerbsfähig sind. Das sind 0,4 Prozent der erwerbsfähigen Bürgergeldbeziehenden! Die allermeisten Menschen wollen arbeiten.

Die Gruppe der Bürgergeldbeziehenden ist zudem vielfältig: 1,5 Mio. sind nicht erwerbsfähige Kinder. Von den verbleibenden 4 Mio. müssen viele aufgrund niedriger Löhne trotz Arbeit ergänzend Bürgergeld beziehen. Andere finden nur instabile und schlecht bezahlte Jobs und landen nach kurzer Zeit wieder im Bürgergeld.

Lohnt sich Arbeit noch?

Immer wieder heißt es, das Bürgergeld sei zu hoch, das System zu komfortabel, da lohne sich Arbeit kaum. Diese Aussage ist schlicht falsch: Es ist vielfach belegt, dass Haushalte immer mehr Geld erhalten, wenn sie arbeiten: Alleinstehende, die in Vollzeit zum Mindestlohn arbeiten, bekommen im Durchschnitt über 500 Euro mehr; bei Familien mit drei Kindern und einem Mindestlohneinkommen sind es, je nach Alter der Kinder, zwischen 400 bis über 700 Euro. Dies liegt auch daran, dass Geringverdienende Anspruch auf zusätzliche Leistungen wie Wohngeld oder Kinderzuschlag und einen größeren Freibetrag beim Erwerbseinkommen haben. Man kann sagen, die Abstände sind zu gering. Aber wer den Lohnabstand vergrößern will, sollte sich für einen höheren Mindestlohn und tarifvertraglich abgesicherte und gut bezahlte Arbeit einsetzen. Das stärkt Beschäftigte, schützt Schwächere und bittet die Richtigen zur Kasse. Doch gerade diejenigen, die vermeintlich als Anwälte der hart arbeitenden Leute auftreten, wollen genau diese Schritte nicht gehen.



#sozialstaatsoffensive

Mehr soziale Sicherheit für die Zukunft – dafür geht die IG Metall in die Offensive!

sozialstaat.igmetall.de